



## Endlich Hortplätze für alle

*KLARTEXT berichtet über die ersten Praxiserfahrungen mit dem neuen Schulgesetz. In den Berliner Schulen wird fast alles reformiert – von der Sprachförderung bis hin zu Ganztagschulen.*

Mal wieder haben Lehrer und Schüler Ferien. 14 Tage dürfen wir uns von den ersten 8 Wochen des neuen Schuljahres erholen. Es waren Wochen der ersten Begegnung mit den neuen Rahmenplänen und der weiteren schrittweisen Umsetzung des neuen Schulgesetzes an den Berliner Schulen.

### Neues Schulgesetz bringt Veränderungen

#### 1. Förderung der Sprachfertigkeiten

Im November werden die Sprachkenntnisse der Kinder überprüft, die ab kommenden Sommer die Schule besuchen. Jene, die nicht über hinreichende Kenntnisse in der deutschen Sprache verfügen und keine Kita besuchen, müssen bereits vor ihrem Schulbeginn an einem halbjährigen Sprachförderkurs teilnehmen. Kita-Kinder mit Sprachdefiziten werden dort sprachlich gezielt gefördert. Damit sollen alle Kinder gute Startchancen für eine erfolgreiche Schullaufbahn erhalten.

#### 2. Hortbetreuung gesichert

Seit Mitte der 90-er Jahre reduzierte die Senatsschulverwaltung immer mehr Hortplätze an den Friedrichshainer Grundschu-

len durch so genannte Deckelungszahlen. Diese Regelung gehört nun der Vergangenheit an. Endlich ist wieder für jedes Kind die Ganztagsbetreuung in der Schule gesichert, umliegende Kitas müssen ihr Hortangebot wieder aufgeben. Wirtschaftlich ist das kaum zu vertreten, wurden doch in den Kitas in den vergangenen Jahren extra Bedingungen für den Hortbetrieb geschaffen. In den Schulen werden jetzt wieder Erzieherinnen gebraucht, jene, die vor wenigen Jahren aus den Schulen an Kitas gewechselt waren.

Ähnlich wird dieser Prozess auch in den Kreuzberger Schulen durchgeführt, da hier vor allem mit der Einrichtung von Ganztagschulen und die Übertragung der Nachmittagsbetreuung aus den Kitas und freien Trägern in die Schulen etwas völlig Neues praktiziert werden muss.

An allen Schulen in Friedrichshain und Kreuzberg müssen darüber hinaus auch die räumlichen Voraussetzungen für eine niveauvolle Nachmittagsbetreuung gesichert werden, um z.B. eine Doppelnutzung von Räumen als Klassenraum und Hortraum zu vermeiden.

*Fortsetzung S. 4*

## » meine sicht ...

### Scheinheilige Fragen

Die SPD-Fraktion hat zur letzten Bezirksverordnetenversammlung eine Große Anfrage zu Hartz IV eingebracht. Man ist in Sorge wegen der Umsetzung dieses Vorhabens im Bezirk und fürchtet, dass die Stadträtin von der PDS nicht eifrig genug daran arbeitet. Als Mitglied im Ausschuss für Soziales und Gesundheit hat mich die Fragestellung der SPD doch sehr geärgert.

Spätestens seit Ende der Sommerpause ist die Umsetzung von Hartz IV Thema in jedem Ausschuss. Dort hören wir alle zwei Wochen neue Hiobsbotschaften von fehlender Software, fehlenden Mitarbeitern, fehlenden Räumen und, und, und. Dinge, die vom Bezirk nicht zu beeinflussen sind. Trotzdem ist das Engagement der Stadträtin und der Mitarbeiter spürbar, den Betroffenen ab 1. 1. 2005 eine entsprechende Leistung gewähren zu können. Inzwischen gibt es sogar einen Notplan, der greift, wenn es trotz aller Anstrengungen nicht gelingt, die Voraussetzungen für die Auszahlung von Arbeitslosengeld II zu schaffen.

Die grundsätzliche Kritik der PDS an den Hartz-Gesetzen bleibt. Uns diesbezüglich Populismus vorzuwerfen ist falsch. Sowohl im Bundestag als auch im Bundesrat hat die PDS diesen Gesetzen nicht zugestimmt. Wir wissen, etwa 16 Prozent aller Leistungsbezieher werden ab Beginn des nächsten Jahres mehr Geld haben, fast 50 Prozent werden finanziell schlechter dastehen und etwa ein Drittel hat gar keinen Anspruch mehr. Arbeit ist weit und breit nicht in Sicht. Den Protest der Betroffenen zu unterstützen, ist für die PDS folgerichtig. Das schließt aber nicht aus, vor Ort in Verantwortung die Gesetze so umzusetzen, dass alle Berechtigten die ihnen zustehenden Leistungen erhalten. Die Voraussetzungen dafür müssen aber vor allem auf Bundes- und Landesebene geschaffen werden.

*Regine Sommer-Wetter*

# Einem geschenkten Gaul ...



Das umstrittene Gelände an der Revaler Straße.

... schien das Motto von SPD, CDU und FDP auf der letzten BVV zu sein. In der Debatte Wagenburg kontra „bewegungsorientierte Freifläche“ an der Revaler Straße wurde PDS und Bü90/Grüne gebetsmühlenartig vorgehalten, man könne doch die versprochene Million des Senats zur Gestaltung der Fläche nicht einfach in den Wind jagen.

Man kann. Vielleicht muss man sogar, wenn der Einsatz der Mittel die Vertreibung von FriedrichshainerInnen aus dem Bezirk bedeutet und demgegenüber eine SPD-geführte Senatsverwaltung steht, die sich mit Geldgeschenken einer unbeliebten Wohnform entledigen will. Die PDS machte in der BVV wiederholt deutlich, dass der Einsatz der zugesagten Mittel sowohl rechtlich als auch administrativ auf einer anderen Fläche im Bereich Boxhagener Platz erfolgen kann.

Folglich wurde eine durch die PDS-Fraktion initiierte Beschlussempfehlung verabschiedet, die das Bezirksamt auffordert, die Realisierung der Freifläche an anderer Stelle zu prüfen und konkrete Realisierungskonzepte zu entwickeln.

Inzwischen gibt es eine Vorlage des Bezirksamtes, die dank der entscheidenden Stimme der PDS-Bezirksbürgermeisterin eine Verdrängung der Wagenburg ablehnt – trotz der Million. Auf einer Sondersitzung der BVV im Oktober wird darüber entschieden und hoffentlich heißt es dann „Geld ist nicht alles“.

Ein anderes Thema, das die BVV derzeit umfassend beschäftigt, wurde durch einen Antrag von Bü90/Grüne auf die Tagesordnung genommen: das geplante Riesenrad auf dem Gleisdreieck. Ebenso wie die PDS-Fraktion lehnen sie die Planung mit

der Begründung ab, den seit Jahren angedachten Park nun endlich zu realisieren, anstatt ihn durch ständig neue Ideen zu konterkarieren. Darüber hinaus wiegen die Nachteile, die durch einen solches RIESENrad für das benachbarte Deutsche Technikmuseum entstehen, unseres Erachtens zu schwer, als dass hier nur auf die Investitionssumme geschaut werden kann. Wir konnten diesem Antrag leider nicht zustimmen und nehmen dem gigantischen Projekt damit den Wind aus den Segeln – die SPD bediente sich der gern genutzten Taktik einer Vertagung der Drucksache. Somit verschieben wir die Ablehnung des Riesenrades um zwei Wochen und hoffen, dass sich die SPD uns dann anschließt.

*Katja Jösting, PDS-Fraktion*

## Bürgerbeteiligung gefragt!

Nutzen Sie Ihre Chance, das drohende Verkehrschaos rund um das Gelände des früheren Wriezener Güterbahnhofs zu verhindern. Gelegenheit dazu ist am 13. Oktober ab 18 Uhr im Konferenzsaal der Rosa-Luxemburg-Stiftung am Franz-Mehring-Platz. Dort sind Ihre Gedanken und Vorschläge gefragt, wie der anwachsende Verkehr anwohnerfreundlich kanalisiert werden kann. Experten werden Rede und Antwort stehen.

Es laden ein der Runde Tisch Verkehr und das Bürgerkomitee Weberwiese. Das vor kurzem gegründete Bürgerkomitee wählte Benno Helms (Tel. 296 45 94) einstimmig zum Sprecher. Das sechsköpfige Gremium will die Bau- und Ansiedlungsvorhaben Wriezener Dreieck zusammen mit den Betroffenen kritisch-konstruktiv begleiten. Weitere engagierte Bürger sind willkommen.

*G. Kunath*

## Eine andere Sicht

Manche Entscheidungen in der Kommunalpolitik stellen sich als sehr komplex dar. Dies gilt auch für die Entscheidung, die in nächster Zeit durch die BVV für die Entwicklung des Gebietes Revaler/Modersohnstraße zu treffen ist. In diesem Gebiet herrscht einerseits ein nachgewiesenes Defizit an Grün- und Sportflächen. Andererseits gibt es einen Beschluss der PDS-Hauptversammlung, der darauf orientiert, die weitere Nutzung des im Landesbesitz befindlichen Geländes durch „Laster und Hänger und Hundefreunde e.V.“ zu unterstützen. Dies scheint auf den ersten Blick eine logische Konsequenz aus unserem Wahlprogramm unter dem Stichwort „Unterstützung alternativer Wohn- und Lebensformen“ zu sein. Doch das ist aus meiner Sicht nur die halbe Wahrheit ...

Zugleich will die PDS durch ihre kommunalpolitischen Aktivitäten jenseits von Klientelpolitik auch etwas für die Bürger des Stadtbezirks tun. Das stellt sich in diesem Fall als unmöglich dar, denn mit der Entscheidung für den Status quo werden 1,025 Mio. € für die Entwicklung dieses Geländes nicht fließen. Diese Gelder sind nur für dieses Gelände entsprechend zweck- und ortsgelunden.

Hier wird deutlich, dass Politik auch Interessenabwägung ist. Entweder verzichten wir auf ohnehin sehr knappe Fördermittel zur Entwicklung eines öffentlichen Grundstücks zugunsten der bisherigen Nutzer (40 Bewohner und Hundepplatz) oder akquirieren diese Mittel zu deren Lasten. Im Gegensatz zur deutlichen Mehrheit der Fraktion bin ich der Auffassung, dass in diesem Falle das Wohl der Bevölkerung rund um den Boxi das Primat hat. Für „Laster und Hänger“, deren Nutzung des Geländes immer befristet war, muss eine angemessene Alternative gefunden werden. Auch dafür steht die PDS in Berlin in Regierungsverantwortung.

*Thomas Römer, PDS-Fraktion*

# Klausurtagung der BVV-Fraktion in Templin

Am letzten sonnigen Wochenende im September traf sich die PDS-Fraktion in der uckermärkischen Stadt Templin zu ihrer diesjährigen Klausurtagung. Ziel der Beratung war, Resümee zu ziehen über Erreichtes und Arbeitsschwerpunkte für die zweite Hälfte der Legislaturperiode zu erarbeiten.

Mit ihrer „Kommunalen Halbzeitbilanz“ (die Bilanz ist im Roten Laden und im Fraktionsbüro erhältlich) legte die Fraktion öffentlich Rechenschaft über ihre durchaus erfolgreiche Arbeit bei der Umsetzung des bezirklichen Wahlprogramms ab.

## Beratung in Arbeitsgruppen

In zwei Arbeitsgruppen – Soziale Stadt und Integration; Jugendhilfe und Schule – wurden Schwerpunktaufgaben kommunaler Arbeit bis 2006 diskutiert und erarbeitet. Heftig debattiert wurde darüber, wie unter der Hartz-IV-Gesetzgebung eine soziale Stadtentwicklung in unserem Bezirk umsetzbar sein wird. Die Fraktion verständigte sich auf die Erarbeitung eines integrierten Handlungskonzepts, das Vorschläge für die Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ beinhaltet. Gemeinsam mit Experten und Betroffenen werden diese Vorschläge diskutiert, bevor sie beschlossen werden.

## Vorhaben der PDS-Fraktion

Zentrale Aufgabe wird – auch wenn im Bezirk nur begrenzt möglich – die Schaffung von Arbeitsplätzen sein. Dazu soll es schon bei der Entwicklung von Standorten ein

Regionalmanagement geben, das den Investor, das Bezirksamt und die Agentur für Arbeit an einen Tisch bringt. Dabei geht es darum, für Arbeitslose aus dem Bezirk Arbeitsplätze zu schaffen.

Die Fraktion wird sich bis zum Ende der Legislaturperiode ganz verstärkt solchen Kernthemen zuwenden wie:

- Soziale Stadtentwicklung
- Umsetzung der Hartz-IV-Gesetze
- regionales Bündnis für Arbeit und Wirtschaft
- Verwirklichung des Integrationskonzepts (siehe S. 6)
- positive Darstellung rot-roter Reformprojekte.

Alle Arbeitskreise sind aufgerufen, in kontinuierlicher Arbeit diese Schwerpunkte mit Leben zu erfüllen.

Der Fraktionsvorstand stellte sich zur Wahl und wurde für die Dauer eines weiteren Jahres im Amt bestätigt.

Alles in allem ein sehr arbeitsintensives Wochenende, deren erste Ergebnisse es in den kommenden Wochen und Monaten auszubauen und mit Leben zu erfüllen gilt.

*Regine Sommer-Wetter, Claudia Richter*

## Herzlich willkommen

Büro der PDS in der BVV  
Yorckstraße 4–11, 10965 Berlin  
Tel. 902 98 29 14, Fax 902 98 38 02  
fraktion@pds-kommunal.de  
www.pds-kommunal.de

## Grenzwechsel – Erinnerung an den 9. November 1989

Die BVV hatte das Bezirksamt beauftragt, Veranstaltungen zum Gedenken an den 15. Jahrestag der Maueröffnung zu initiieren. Nun wurde im Ausschuss für Kultur und Bildung die Veranstaltungsreihe vorgestellt, die das Museum und das Kulturamt organisiert haben.

Rahmen des Ganzen ist die Ausstellung „Grenzwechsel“ in der **Alten Feuerwache Friedrichshain**. Eröffnung ist am 8. Oktober um 19 Uhr, anschließend spielt die Band „Pension Volkmann“. Vom 9. 10. bis 13. 11. werden Fotografien (Di–Sa 14–19 Uhr, Mi 10–19 Uhr) gezeigt, auf denen Karl Ludwig Lange Momente und Motive aus der Zeit der Grenzöffnung und kurz danach festhielt.

Ergänzt wird die Ausstellung von Reproduktionen der im ehemaligen Grenzverlauf von Friedrichshain-Kreuzberg und Mitte aufgestellten Tafeln der „Geschichtsmeile Berliner Mauer“. Begleitet wird die Ausstellung von einem Rahmenprogramm:

- Lesung mit Lutz Rathenow am 14. Oktober
- Präsentation des deutschen Dokumentarfilms „Die Grenze“ am 20. Oktober
- Präsentation des Dokumentarfilms „Dubarlar/Mauern/Walls“ am 28. Oktober.

Am 8. November schließlich findet die offizielle Feier und Gedenkveranstaltung des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg in der Samariterkirche statt. Nach der Begrüßung durch Bezirksbürgermeisterin Cornelia Reinauer und den Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung Riza Baran wird Rainer Eppelmann, MdB und ehemaliger Pfarrer der Samaritergemeinde die Festansprache halten. Im Anschluss gibt es „Lieder hinter der Mauer“ – ein Konzert des Liedermachers Reinhold Andert.

Insgesamt haben die Organisatoren so ein Programm zusammengestellt, das den noch immer unterschiedlichen Sichtweisen auf dieses historische Ereignis gerecht wird, ohne Widersprüche und mögliche Reibungsflächen zu verwischen.

*Andreas Günther, kultur- und bildungspolitischer Sprecher der PDS in der BVV*

Weitere Informationen: KreuzbergMuseum, Adalbertstraße 95a, Tel. 50 58-52 33, [www.kreuzbergmuseum.de](http://www.kreuzbergmuseum.de)



Mehr Infos unter: [www.solid-web.de](http://www.solid-web.de)  
**NAZIS SPIELTEN  
IMMER NUR  
DIE BRAUNE PLATTE.**

Nazis planen 250.000 CDs an SchülerInnen zu verteilen! Wir haben was dagegen, und tun auch was. Und zwar eine eigene CD mit antirassistischen Songs, die kostenlos verteilt werden soll.

solid e.V.  
Berliner Bank BLZ: 100 200 00  
Kontonr.: 43 93 85 15 00  
Stichwort: CD-Projekt-Spende  
Jede Spende bedeutet eine CD mehr.



Fortsetzung von S. 1

### 3. Mehr Mitspracherechte für Eltern

Neu ist auch, dass die Schulkonferenz, das Gremium, in dem Lehrer, Eltern und Schüler zu je einem Drittel und eine externe Person vertreten sind, ein größeres Gewicht als bisher hat. Sie entscheidet u. a. über das Schulprogramm, das sich jede Schule gibt, und damit auch über pädagogische Schwerpunkte.

### Mehr Eigenverantwortung in die Schulen

Die Selbstständigkeit und Eigenverantwortung der Schulen werden gestärkt. Dafür werden den Schulen pädagogische, personelle, finanzielle und administrative Gestaltungsspielräume eröffnet. Jede Schule kann entsprechend ihrem Schulprogramm die Stundentafeln flexibel organisieren, wobei besondere Unterrichtsformen (z. B. die Abkehr vom 45-Minuten-Takt) möglich sind.

Eine Errungenschaft, allerdings mit viel Aufwand, ist die schuleigene Personalentwicklung, die u. a. Fortbildung und Auswahl von Personal durch die Schulleitung möglich macht.

Die Schulen erhalten eine gewisse finan-

**>> tipp:** Was sieht das neue Schulgesetz vor? Was bedeutet Ganztagschule? Gespräch mit Dr. Sven Walter, Institut für kreative Sprachförderung (Veranstaltung in Deutsch und Türkisch)

28. Oktober, 16 Uhr, Nachbarschaftshaus Cuvrystr. 13-14, U1 Schinesisches Tor

zielle Eigenverantwortung bei der Verwendung von Sachmitteln. Erstmals können Mittel auf das folgende Haushaltsjahr übertragen werden, auch Einnahmen durch Werbung (Sponsoring) müssen nun nicht mehr an den Bezirk abgeführt werden.

### Neue Lernziele im Grundschulbereich

Zu Beginn des Schuljahres wurden für Klassen 1–5 neue Rahmenlehrpläne wirksam. Sie gelten für Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Bremen. Damit werden erhebliche Kosten gespart, z. B. bei Schulbüchern und Verwaltung. Vor allem aber werden Leistungen vergleichbar.

Neu für Schüler ab Klasse 5 ist das Unterrichtsfach Naturwissenschaften – ein Mix

aus Biologie, Physik und Chemie. Auch der Geschichtsunterricht wird durch „Politische Bildung“ ergänzt, wo sich Schüler mit dem Thema Demokratie und Friedenssicherung auseinandersetzen sollen.

Anspruchsvoll, weil weder technisch noch personell unteretzt, ist die Forderung, bereits in der Grundschule Kinder mit den neuen Medien, mit PC und Internet vertraut zu machen.

### Guter Wille, doch mangelnde Voraussetzungen

Beide Prozesse – die Einführung des neuen Schulgesetzes und der neuen Rahmenlehrpläne – sind am Anfang der Umsetzung in den Schulen. Es bedarf aber noch einer ganzen Reihe von Anstrengungen durch die zuständigen Senats- und Bezirksverwaltungen sowie der Schulen selbst, um beides auch richtig mit Leben zu erfüllen. So fehlen an vielen Stellen noch die entsprechenden Ausführungsvorschriften oder die notwendigen materiellen Voraussetzungen. Die Fortbildung der Lehrerinnen läuft, auch wenn es günstiger gewesen wäre, sie nicht erst nach der Einführung der Pläne durchzuführen.

Sabine Müller, BVV-Fraktion

## Neues Verkehrskonzept entlastet den Wrangelkiez

Im vergangenen Jahr gab es in Kreuzberg große Diskussionen um eine neue Verkehrsregelung. Eine Verkehrszählung hat nun erwiesen, dass das beschlossene Verkehrskonzept für das Quartier bereits positive Wirkung gezeigt hat. Kernpunkt des Konzepts war die Reduzierung des Durchgangsverkehrs von Neukölln nach Treptow. Es wurde von der Bezirksverordnetenversammlung auf Initiative der Fraktionen der PDS und von Bündnis 90/Die Grünen beschlossen. Danach wurde die Straße Görlitzer Ufer in Nord-Süd-Richtung zur Einbahnstraße erklärt und für die Straße Heckmannufer die Durchfahrt verboten.

Um zu prüfen, ob die Maßnahmen den erhofften Erfolg gebracht haben, fand in den vergangenen Wochen eine Verkehrszählung statt. Die Ergebnisse sind erfreulich. Die Verkehrssituation im Kiez hat sich wesentlich verbessert. Befürchtete Verschlechterungen in den angrenzenden Straßen sind nicht eingetreten. So ist der Süd-Nord-

Verkehr im Kiez deutlich zurückgegangen, wobei die Straßen westlich des Görlitzer Ufers nicht signifikant stärker belastet werden. Gleichzeitig ist es gelungen, die Verkehrssicherheit für all jene, die die Straße Görlitzer Ufer überqueren, beispielsweise,

**>> tipp: Wrangelvision.** Neue Impulse für das Schlesische Viertel. Wird der neue Medienstandort an der Spree das von Armut geprägte Mietshausquartier attraktiver machen? Stadtführung mit Unterstützung des Quartiersmanagements Wrangelkiez. Kosten: 8 bzw. 6 Euro  
17. 10. + 14. 11., 14 Uhr, U-Bhf Schinesisches Tor / Taxistand Bevernstraße

um sich auf der Lohmühleninsel zu erholen, zu erhöhen. Das ist vor allem für die Schülerinnen und Schüler der Fichtelgebirge-Grundschule von großem Vorteil. Wir können nun sagen, dass wir mit unserem

Konzept den richtigen Weg eingeschlagen und im Sinne der Anwohnerinnen und Anwohner sowie der Gewerbetreibenden gehandelt haben. Auf der Tagesordnung bleiben weiterhin ergänzende Maßnahmen zur Reduzierung des Nord-Süd-Verkehrs. Da werden wir dranbleiben und nicht zu viel Zeit vergehen lassen.

Andreas Günther, Verkehrspolitischer Sprecher der PDS-Fraktion  
Friedrichshain-Kreuzberg

Verkehrsberuhigung auch am Heckmannufer, einem der idyllischsten Orte im Bezirk.



# Hartz IV: Die PDS zwischen Protest und Verantwortung

In der Debatte um die Umsetzung von Hartz IV wird der PDS allerorts Reformunfähigkeit und Heuchelei vorgeworfen, weil sie auf Montagsdemos den Protest der Betroffenen gegen ein Bundesgesetz unterstützt, das sie in der Landesregierung umsetzt. Aber eben genau jener Vorwurf ist scheinheilig und populistisch.

## Hartz IV ist unsozial

Die PDS kritisiert diese so genannte Arbeitsmarktreform weil sie eine unzumutbare soziale Härte für die Betroffenen darstellt. Hartz IV ist grundsätzlich falsch, weil es bereits seinen Ansatz verfehlt, mehr Beschäftigung zu schaffen. Zugleich ist die damit verbundene sinkende Kaufkraft volkswirtschaftlich unsinnig.

Die beschlossene Reform war zudem keinesfalls alternativlos. Der Fraktionsvorsitzende der PDS im Abgeordnetenhaus hat in einer aktuellen Stunde sehr detailliert mögliche Alternativen aufgezeigt, zu denen das Land Berlin im Bundesrat Anträge gestellt hat und die allesamt abgelehnt wurden. Zu ihnen gehört vor allem eine andere Steuerpolitik. Die Agenda 2010 reduziert die Kaufkraft in Berlin um 300 Mio. €. Durch die geplante Absenkung des Spitzensteuersatzes wird die Kaufkraft der oberen Einkommen gestärkt, während man die Konsummöglichkeiten der sozial Schwächeren einschränkt. Diese Rechnung ist unsozial und wird nicht aufgehen.

## Alternativen sind möglich

Alternativen wären auch eine Arbeitszeitverkürzung, wie es der rot-rote Senat im öffentlichen Dienst vorgemacht hat, oder die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, wie es die PDS seit langem fordert. Die solidarische Bürgerversicherung für

die gesundheitliche Versorgung sowie eine solidarische Rentenversicherung gehören zu den Alternativvorschlägen, die bei einem anderen politischen Grundansatz möglich wären. Deshalb kritisiert die PDS im Verbund mit anderen dieses Gesetz also zu Recht.

## Die Verantwortung der Berliner PDS

Die PDS Berlin kann Hartz IV nicht verhindern. Bundesgesetze müssen in einem föderalen System von Landesregierungen umgesetzt werden. Aber die PDS kann und will im Zuge dieser Umsetzung landespolitische Gestaltungsspielräume zugunsten der Betroffenen nutzen, und zwar auf allen Verantwortungsebenen zwischen Senat, Abgeordnetenhaus und Bezirken.

- Zum Beispiel können die Länder selber regeln, welche Wohnungsgröße und Miethöhe für von Hartz IV Betroffene angemessen sind. Da wollen wir Härten vermeiden.
- Die Verhandlungen über die Wiedereinführung eines Sozialtickets werden von unserer Seite intensiviert – gerade weil der Gesetzgeber hier keine Vorgaben getroffen hat.
- Wirtschaftsminister H. Wolf (PDS) verhandelt mit der Landesagentur darüber, die

Zuverdienstmöglichkeiten nicht auf einen Euro pro Stunde zu reduzieren, sondern die gesetzlich zulässige Spanne bis zu zwei Euro Stundenlohn im Interesse der Betroffenen zu nutzen.

Die Berliner PDS will vor allem dafür Sorge tragen, dass die aus dem Hartz-Gesetz resultierende Beschäftigungspolitik sinnvolle gesellschaftliche Arbeit fördert und mit Qualifizierungsmaßnahmen für den ersten Arbeitsmarkt verbunden wird. All das sind große Herausforderungen, denen sich die PDS in Berlin bewusst stellen will und wird.



## DIE AGENDA UNTERM STRICH

### Wettbewerb

Die PDS bittet alle hoffnungsvollen, selbst ernannten oder verborgenen Talente, Laien und Profis:

Was bringt die Agenda 2010 unterm Strich? Zeichnet pointierte Karikaturen oder Geschichten über die Folgen von Sozialabbau, Rentenkürzung, Zumutbarkeitsregelung, Gesundheitsreform! Denn Witz macht souverän und Lachen macht Mut, ob es nun aus einer schwarzen oder einer roten Seele kommt. Jeder darf teilnehmen; der Wettbewerb ist offen und anonym.

Die beste Arbeit wird mit 1000 € prämiert, weitere Prämien sind 500 €, 200 € und 6 mal 50 €.

Einsendeschluss ist der 15. November 2004. Weitere Informationen gibt es unter:

[www.sozialisten.de](http://www.sozialisten.de)



## Grundsätzliche Kritik bleibt bestehen

Dabei wird es jedoch nicht gelingen, aus einem schlechten Gesetz auf Landesebene ein gutes zu machen. Deshalb demonstriert die PDS geschlossen als Partei gegen Hartz IV und nutzt gleichzeitig ihre Regierungsämter für die bestmögliche Ausgestaltung des Gesetzes im Interesse der Betroffenen.

*Martina Michels, MdB, Vizepräsidentin des Abgeordnetenhauses und europapolitische Sprecherin der PDS-Fraktion*

### >> tipps + termine

**Eine andere Welt ist möglich:** Das Weltsozialforum im Rückblick. Diskussion und Buchvorstellung mit Thomas Ponniah, USA; Wolfram Adolph 19. Oktober, 19 Uhr, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1

**Bürgerkommune Berlin.** Diskussion zu Bedingungen und Möglichkeiten demokratischer Gestaltung 22. Oktober, 14.30–18 Uhr, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1

# Perspektiven und Herausforderungen einer interkulturellen Gesellschaft

In einer gemeinsamen Erklärung legten die Bezirksbürgermeisterin Cornelia Reinauer (PDS) und die Migrationsbeauftragte für den Bezirk, Doris Nahawandi, „Thesen zur Entwicklung eines Interkulturellen Gesamtkonzeptes für den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg“ vor.



Interkulturelle Stadtteilarbeit in Neukölln: Kinder verschiedener Nationalität begrünen ihr Umfeld

Menschen aus 160 verschiedenen Herkunftsländern leben im Bezirk zusammen. In der jüngsten Vergangenheit habe eine defizitorientierte Sichtweise Oberhand gewonnen, heißt es in der Erklärung. Dabei lägen die festgestellten Defizite fast ausschließlich auf Seiten der Minderheiten. Die Antwort auf diese Problemlage sei ein interkulturelles Konzept. Das bedeute, in erster Linie zu akzeptieren, dass die Menschen unterschiedlich und vielfältig sind und dass das Zusammenleben einer heterogenen Bevölkerung Chancen und Potenziale beinhalte. Diese – nicht die Probleme – sollten in Zukunft in den Vordergrund gerückt werden, weil sie Grundlage für Innovation und Entwicklung seien. Um dieses zu erreichen, werden verschiedenen Handlungsfelder genannt.

## Handlungsfeld: Interkulturelle Orientierung im Bezirksamt

Ziel ist es, dass alle Angebote von NutzerInnen unterschiedlicher Herkunft in Anspruch genommen werden können und dass sich alle NutzerInnen ernst genommen und respektiert fühlen.

## Handlungsfeld: Sprachkompetenz

Kinder mit Migrationshintergrund wachsen zweisprachig auf. Während dies bei Kindern beispielsweise eines Paares deutsch-französischer Herkunft als positiv bewertet wird, findet die Beherrschung der türkischen Sprache geringere bzw. keine Wertschätzung. Hier müsse ein Wertewandel organisiert werden.

Generell gelte, dass Kinder anderer Herkunftssprachen die Mehrheitssprache immer dann ohne zusätzliche Förderung erlernen würden, wenn sie in einem Umfeld aufwachsen, in dem die Mehrheitssprache gesprochen wird. Dies kann in einem Bezirk wie Friedrichshain-Kreuzberg aufgrund der Sozialstruktur nicht gewährleistet werden. Umso wichtiger sei es, Sprachangebote an die Eltern aus Migrationsfamilien zu machen.

## Handlungsfeld: Ausbildung und Beschäftigung

Der Bezirk wird sich am Bundesmodellprojekt „Berufliches Qualifizierungsnetzwerk

für Migrantinnen und Migranten in Berlin“ beteiligen.

## Handlungsfeld: Ethnische Ökonomie

Die so genannte ethnische Ökonomie ist schon jetzt ein Wirtschaftsfaktor in der Stadt. Dieses Potenzial werde allerdings für ein interkulturelles Gesamtkonzept noch viel zu wenig genutzt.

## Handlungsfeld: Stadtteilkultur und Stadtteilarbeit

Politische Prämisse ist, dass Weltoffenheit und Toleranz sich ebenso positiv auf den sozialen Zusammenhalt und das gesellschaftliche Klima auswirken wie die vorhandene Vielfalt. Der Bezirk liefere ein Beispiel dafür, dass eine räumliche Konzentration von Menschen bestimmter Ethnien, wie es sie in den Quartieren gibt, nicht per se negative Auswirkungen habe.

## Handlungsfeld: Kultur

Die Zementierung einer Mehrheitskultur gegenüber einer Minderheitenkultur sei unzeitgemäß und kontraproduktiv für Entwicklung. Bedeutung und Gewicht gewänne dagegen die Entwicklung eines grenzüberschreitenden Kulturbegriffs, der die Zugehörigkeit zu Generationen, den sozialen Status, Bildung und lokale Verortung einbeziehe und berücksichtige. Aufgehoben werden müsse die Einteilung in eine vermeintlich moderne deutsche Kultur und eine vermeintlich bloß folkloristische Migrantenkultur. Falsch sei auch, die Migrantenkultur käme nur additiv zur deutschen Kultur hinzu. Gefördert werden müsse deshalb vor allem die Grenzüberschreitung.

In den kommenden Wochen soll aus diesen Überlegungen in Zusammenarbeit der verschiedenen Teile des Bezirksamts ein Konzept entwickelt werden, das über bloße Absichtserklärungen hinausgeht, denn: „Ein interkulturelles Gesamtkonzept ist nicht dazu da, sich noch einmal gegenseitig zu versichern, dass man eine vielfältige Gesellschaft will. Die haben wir bereits.“



# Perspektiven für Berliner Migranten

Unter diesem Motto fand der 1. Berliner Integrationstag am 13. September in der Werkstatt der Kulturen statt. Organisiert wurde die Veranstaltung durch den Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen mit Unterstützung durch die Senatsgesundheitsverwaltung und den Berliner Migrationsbeauftragten.

## OECD-Studie zu Chancen in Berliner Quartieren

Am Vormittag wurde die neue Berlin-Studie der OECD von der Vertreterin der Investitionsbank Berlin vorgestellt. In dieser Studie wurden drei Berliner Quartiere (Neukölln, Hohenschönhausen und Wedding) im Hinblick auf ihre Probleme und Potenziale seit dem Mauerfall untersucht. Die zentralen Fragen des Papiers lauten: Wie kann mit wirtschaftlichen Mitteln Armut überwunden werden? Wie können die Potenziale Berlins, insbesondere auch innerhalb benachteiligter Quartiere, zugunsten der regionalen Wirtschaft aktiviert werden? Im Fazit wurden Maßstäbe für die künftige Quartiersförderung in diesen sowie – davon abgeleitet – in anderen Stadtteilen aufgestellt.

Die Staatssekretärin Dr. Petra Leuschner betonte, dass die Integrationspolitik in den Quartieren notwendig ist. Sie erläuterte auch die neuen Aufgaben für Berlin, die mit der Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes verbunden sind.



Diskutiert wurde u.a. darüber, welche Chancen Kieze mit hohem Migrantenanteil (wie am Kottbuser Tor) haben.

## Das Zuwanderungsgesetz und seine Umsetzung

Später wurde dann in Arbeitsgruppen über folgende Themen diskutiert.

- Wie erhalten Migrant(inn)en einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt, wobei die AG dieses Thema auf Existenzgründungen beschränkt hat.
- Welche Bildungs-Chancen haben Zuwanderer in Berlin und wie können sie verbessert werden?
- Wie kann die Verwaltung besser für Migrant(inn)en organisiert werden?
- Welche Perspektiven hat Berlin als Einwanderungsstadt?

## Integrationspreis geht nach Kreuzberg

Am Ende des Tages wurden Initiativen bzw. Projekte, die sich für Gleichberechtigung und gesellschaftliche Partizipation von Mädchen und jungen Frauen mit Migrationshintergrund einsetzen, mit dem Berliner Integrationspreis ausgezeichnet. Den Preis erhielten zu gleichen Teilen zwei Kreuzberger Projekte; sie können die jeweils 2.000 € sicher gut gebrauchen:

- Rabia e. V. – Interkulturell-Feministisches Mädchenprojekt e. V., Wrangelstr. 84a und
  - Mädchennotdienst, Obentrautstraße 53.
- Einen Sonderpreis in Höhe von 1.000 € erhielt der Mädchen-Kultur-Treff DÜNJA in der Jagowstraße in Tiergarten.

So ging der 1. Berliner Integrationstag zu Ende. Der Integrationsbeauftragte der

Berliner Senats, Günter Pienig, warnte in seiner Presseerklärung davor, die Situation in den Kiezen zu dramatisieren. „Die Innenstadtquartiere haben große Potenziale nicht trotz, sondern wegen der von Migration geprägten Bevölkerungsstruktur.“

*Kadriye Karci*

## Den Kindern von Beslan helfen!

Die PDS unterstützt den Verein SODI, der bereits in der Vergangenheit Hilfe nach Russland geschickt hat. Das Gebietskinderkrankenhaus in Rostow am Don nahm schwerverletzte Kinder aus Beslan auf. Die Ärzte und Schwestern geben ihr Bestes, um Leben zu retten, um die Kinder, ihre Mütter und Väter von einem quälenden Albtraum zu erlösen. SODI hat das Kinderkrankenhaus bereits mit medizin-technischen Geräten und Medikamenten unterstützt. Diese Hilfsaktion war von Annekathrin Bürger initiiert worden. Nun kam vom Don erneut ein Hilferuf. Medikamente werden gebraucht, Medizintechnik, Ausstattungen. Dazu ist Geld nötig – weit mehr, als dem Krankenhaus bisher zur Verfügung steht. Deshalb die Bitte von SODI: Helfen Sie den Terroropfern von Beslan mit Spenden für das Gebietskinderkrankenhaus in Rostow!

*Spendenkonto 4385 2050 00, Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Kennwort: „Beslan“*



# DER ROTE LADEN

Kultur • Politik • Treffpunkt

Montag und Mittwoch 12–19 Uhr  
 Dienstag und Donnerstag 9–19 Uhr  
 Freitag 9–13 Uhr

Weidenweg 17, 10249 Berlin, Tel. 426 26 87; Fax 426 13 38  
 E-Mail: pds-geschaeftsstelle@der-rote-laden.de

## Buchverkauf

für „Der kleine Buchladen“ täglich zu den Öffnungszeiten der Geschäftsstelle

## Ausstellung

>> bis 29. 10. 2004:

Jugendgruppe „Grafik, Malerei, Umweltpflege“: **Kalender 2005 – Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin**. Den Kalender gibt es zum Preis von 10,23 €. Leider ist dies der letzte Kalender. Die Mittel zur Finanzierung des Projekts wurden gestrichen.

>> 1. 11. bis 3. 12. 2004

In memoriam Egon Haase (1932–1995): **10 Jahre Kleine Galerie im Roten Laden – Malerei**

Vernissage: Freitag, 5. 11., 18.30 Uhr

## Bei uns zu Gast

>> Stefanie Wüst, Peter Siche und Klaus Schäfer mit einem Hanns-Eisler-Programm: „**Wer nichts von Musik versteht, versteht auch nichts von Politik**“, Eintritt 2,- €

Freitag, 29. 10., 19 Uhr

## Bürgersprechstunden

>> mit Steffen Zillich, Bezirksvorsitzender der PDS, Mda, mittwochs von 15 bis 17 Uhr

>> Offene Mieterberatung: bitte Termin vereinbaren

>> **Hilfe zu ALG-II-Anträgen**: mittwochs 14–18 Uhr

>> Rechtsinformation: Mo, 11. 10., 18 Uhr

## Beratungstermine

>> Basistag (Beratung der BO-Vorsitzenden): Mi, 13. 10., 18 Uhr

>> Bezirksvorstand: 6. 10., 20. 10., 20 Uhr, jeweils Mittwoch

>> Geschichtskommission: Do, 21. 10., 15 Uhr

>> AG Kultur: Fr, 29. 10., 12 Uhr

>> AG Senioren: Mo, 25. 10., 10 Uhr

## Buchvorstellung

Die Geschichtskommission lädt ein zur Buchvorstellung des Autors Joachim Mittdank: „**Berlin zwischen Ost und West – Erinnerung eines Diplomaten**“, Do, 21. 10., 17 Uhr

## >> in kürze

>> **Unterstützung für SeniorInnen**, Berliner Vereinigung VdN, Koppenstr. 38, Tel. 23 24 27 81, Sprechzeit: Mi 9–11 Uhr, Veranstaltungen: jeden 1. Mi, Senioren-Freizeitstätte Palisadenstr. 46, 14.30 Uhr

>> **Mieterberatung**: Mieterladen Kreuzzigerstr. 23: Mo 18–20 Uhr, Do 19–20 Uhr

>> **Mieterberatung des Berliner Mietervereins**, Tel. 22 62 60: Jessener Str. 4, Mo + Mi 10–12 Uhr, Mo–Do 17–19 Uhr, Fr 15–17 Uhr

>> **Energieberatung für Mieter** z. B. zur Heizkostenabrechnung, Tel. 22 62 60, Jessener Str. 4, Do, 17–19 Uhr

>> **Rentenkonsultation**: jeden 2. Montag im Monat, 10–12 Uhr, Koppenstr. 62, Terminvereinbarung: 427 32 71 (H. Bastek) oder 2408 57 78 (Herr Dr. Samuel)

>> **Arbeitslosen-, Sozial- und Rentenberatung** durch Anwälte des Arbeitslosenverbandes, jeden 3. Mi im Monat ab 19 Uhr, Mieterladen Kreuzzigerstr. 23

>> **Friedensreise nach Moskau** zum 60. Jahrestag der Befreiung. Vom 6. bis 11. Mai 2005 u. a. Treffen mit russischen Kriegsveteranen, Preis: 750 €, Infos bei: Berliner Freunde der Völker Russlands. Tel. 20 30- 23 84 (Di 14–18 Uhr)

>> Die Vergabejury aus Bewohnern des Kiezes am Boxhagener Platz vergibt wieder **Fördermittel für Kiezprojekte**. Bis 19. Oktober, 14 Uhr können die formlosen, schriftlichen Anträge direkt beim Quartiersbüro Boxhagener Platz abgegeben werden. Ab 19 Uhr können die Antragsteller ihre Projekte selbst vorstellen. Krossener Str. 9, Tel. 29 49 25 01, qm@boxhagenerplatz.de

>> **Sicherheit statt Freiheit?** Auf welche Freiheiten müssen wir verzichten? Politische Gespräche im Café Sibylle 15. Oktober, 19.30. Uhr, Karl-Marx-Allee 72

## PDS

### Meeting zum Gedenken an Richard Sorge, Kundschafter der Sowjetunion

aus Anlass des 60. Jahrestages seiner Hinrichtung 1944 in Japan Gedenktafel für Anni und Max Christiansen-Clausen (Funker von Richard Sorge)

So, 7. November, 10.30 Uhr  
 Richard-Sorge-Straße 8

Bezirksvorstand der PDS Friedrichshain-Kreuzberg und die Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung (GRH) e. V. laden ein

>> **Stadt im Fluß**. Große Pläne zwischen Spree und Ostbahnhof. Es tut sich was im früheren Grenz- und Gewerbegebiet um Ostbahnhof, East-Side-Gallery und Spreeufer: Investoren verwirklichen ihre ersten Projekte. Stadtführung, 8 bzw. 6 Euro 10. Oktober, 14 Uhr, Ostbahnhof Eingangshalle (Service-Point)

>> **Denk-Male** im Volkspark Friedrichshain – Stadtführung. 20. Oktober, 10.30 Uhr, Platz der Vereinten Nationen / Parkseite, 3 Euro

>> **Kein Frieden ohne Krieg?** Wie können wir Menschenrechte besser schützen? Mit: Dr. Oliver Tolmein, Jurist, Journalist und Prof. Normen Paech, Uni Hamburg. Politische Gespräche im Café Sibylle 3. November, 19.30 Uhr, Karl-Marx-Allee 72

## IMPRESSUM

Herausgeber: Bezirksvorstand der PDS Friedrichshain-Kreuzberg, Weidenweg 17, 10249 Berlin, www.der-rote-laden.de, E-Mail: klartext@der-rote-laden.de  
 Spendenkonto: PDS Friedrichshain-Kreuzberg, Konto: 5886 629 900, BLZ: 100 200 00, Berliner Bank AG  
 Verwendung: KLARTEXT.  
 Druck: Oktoberdruck AG  
 Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen; die Redaktion behält sich vor, die Artikel sinngemäß zu kürzen.  
 V. i. S. d. P.: Regine Sommer-Wetter